

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: 2634
Raben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gebr. Krenhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 4,50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 201.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 201.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltige Zeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 1.

Dresden, Mittwoch den 2. Januar 1918.

29. Jahrg.

Entscheidungsvolle Lage.

Reichstag heraus! — Freudentumgebung in Petersburg. — Neue Pässeverweigerung durch Clemenceau. — Orlando für die „gerechten Ansprüche“. — Machtkampf in der Ukraine.

Zwischen den Führern der Reichstagsfraktionen und dem aus West-Litowit zurückgekehrten Staatssekretär des Auswärtigen v. Kühlmann fanden am Neujahrstage Besprechungen über die Friedensverhandlungen mit Rußland statt. Wie das Berliner Tageblatt meldet, forderten im Verlaufe dieser Besprechungen die Abgeordneten Ebert und Scheidemann die möglichst umgehende Einberufung des Reichstags.

Der Haushaltsausgleich des Reichstags ist für morgen, Donnerstag, einberufen. Aber die Ereignisse haben sich so bedeutend entwickelt und es stehen so große Fragen zur Entscheidung, daß der Haushaltsausgleich allein die ganze Verantwortung nicht wird tragen können. Die Vollversammlung des Reichstags wird zur Stelle sein müssen, wenn über kritische Fragen des Friedensschlusses mit Rußland, wenn über die ganze Zukunft Deutschlands die Entscheidungen fallen. Es wäre im höchsten Maße bedauerlich, wenn die bürgerlichen Parteien sich in der jetzigen Stunde mit einer Ausschaltung des Reichstags abfinden lassen wollten. Dies darf auch nicht in Rücksicht auf die Schwierigkeiten geschehen, die dem Staatssekretär v. Kühlmann erwachsen, der ohne Verzug nach West-Litowit zur Fortsetzung der Verhandlungen zurückkehren wünscht. So willkommen die schleunige Fortsetzung der Verhandlungen in West-Litowit ist, so darf das doch nicht auf Kosten der gründlichen Vorbereitung geschehen. Die deutsche Volkvertretung muß Zeit und Gelegenheit haben, die Friedensvorschläge, die von den Mittelmächten in West-Litowit gemacht worden sind, einer rechtzeitigen und sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen. Wir haben bereits unsere ersten Bedenken darüber geäußert, ob die Vorschläge, die Kühlmann und Egerlin für die Lösung der ukrainischen Probleme gemacht haben, geeignet sind, nicht nur den Frieden mit Rußland, sondern auch zu erreichen, sondern zugleich einen Frieden zu schaffen, der die Gewähr eines dauernd günstigen Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland in sich trägt. Es ist sehr beachtlich, daß ein Blatt wie die Westliche Weltung sich sehr eindringlich gegen „Dauererkenntnisse“ verwahrt, die dem deutschen Volke in West-Litowit gegeben werden sollen.

Nicht minder aber als die Völker der Mittelmächte sehen sich die Völker in den uns gegenüberliegenden Staaten durch die Friedensvorschläge von West-Litowit vor neue Situationen und schwere Entschlüsse gestellt. Aufschuldig wenig wird bisher über die Aufnahme der West-Litowiter Verhandlungen in Rußland bekannt. In russischen Zeitungen wird eine von mehreren sozialistischen Gruppen angenommene Entschließung veröffentlicht, die sich gegen die Verechtigung der Volkswelt zur Führung von Verhandlungen mit den Mittelmächten wendet und die Erklärung abgibt, daß der Waffenstillstandsvertrag niemand als die Volkswelt bindet. Es handelt sich um Organisationen, die von den Bolschewiki für aufgelöst erklärt worden sind. Auch kommt in Betracht, daß bei der Abfassung dieser Entschließung vor dem Bekanntwerden der Friedensvorschläge liegt. Jedenfalls aber zeigt diese Entschließung, daß die Macht der Volkswelt keineswegs unbestritten ist. Andererseits liegt eine Nachricht der Petersburger Telegraphen-Agentur vor, wonach am 30. Dezember in Petersburg eine Freudentumgebung zu Ehren des Erfolges der Friedensverhandlungen stattgefunden hat. Die Kundgebung wird wie folgt geschildert:

Die Kundgebung begann um 10 Uhr vormittags und dauerte bis 6 Uhr nachmittags. Es nahmen an ihr mehrere hunderttausend Arbeiter, Soldaten und Matrosen teil. Der Zug setzte sich von der Umgebung von Petersburg aus in Bewegung. Der Revolutio-Prozess bildete ein Meer von roten Fahnen und Schildern mit Aufschriften. In den gedruckten Reihen marschierten Arbeiter aus jeder Fabrik mit der roten Fahne an der Spitze. Alle Militärs mit Musik und ihren Waffen. Die Ukrainer, die sich in Petersburg befinden, nahmen auch an der Kundgebung teil. Die Aufschriften zeigten in der größten Mehrzahl Vertrauen in die vollständige Aufrechterhaltung der Sowjets, die dem Lande Frieden schenken. Insbesondere wurde ein allgemeiner demokratischer Friede verlangt, mit einem Aufruf an die europäischen Völker, von ihren Regierungen die Teilnahme an den Friedensbesprechungen zu erlangen.

Die Kundgebung rief an Grobhartigkeit der Kundgebung vom 1. Juni und bewies von neuem die Einigkeit der Arbeiter, Soldaten, Bauern und Matrosen. Die Revolutionäre zeigen durch ihre trottsche Entschlossenheit, dem allgemeinen Frieden und dem Sozialismus zum vollen Siege zu verhelfen. Das auf die Straße gelangende Volk richtet den letzten energischen Aufruf an die Demokraten Europas, damit sie sich der Arbeit für den allgemeinen Frieden anschließen. Dieser Aufruf muß gehört werden.

Der letzte Aufruf des revolutionären Rußland an die Demokraten Europas, den allgemeinen Frieden herbeizuführen.

(S. 2. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 2. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Von Dünkirchen bis zur Deule war die Artillerietätigkeit von Mittag an in einzelnen Abschnitten gesteigert. Nördlich und südlich von Lens lebte sie in Verbindung mit erfolgreichen Erkundungen vorübergehend auf. Auch zwischen Arras und St. Quentin nahm das Feuer zeitweilig an Stärke zu. Die Zahl der in den letzten Tagen südlich von Marceling gefangenen Engländer hat sich auf 30 erhöht.

Alle Anzeichen deuten darauf, daß auch dieser letzte Appell in England, Frankreich und Amerika ungehört verhallen wird. Zwar haben die Friedensverhandlungen von West-Litowit die Beunruhigung in den Weststaaten sehr gestillt. Aber die Regierungen im Verein mit den Parlamenten beharren hartnäckig bei der Ablehnung von Friedensverhandlungen und die oppositionellen Regierungen sind zwar im Erstarken, aber noch keineswegs stark genug, um die herrschenden Mächte in eine andere Richtung zu drängen.

Eine Mitteilung des Manchester Guardian besagt, die britische Regierung betrachte die deutsch-österreichischen Friedensbedingungen als einen ersten Schritt und habe die Absicht, eine erste, wohlüberlegte Antwort zu erteilen; auch beachtliche Lloyd George, nach Frankreich zu reisen, um mit Clemenceau über diese Antwort zu verhandeln. Obgleich durch Reuters verbreitet, erschien diese Nachricht trotzdem nicht wahrscheinlich. Sie wird auch bereits aus London als falsch erklärt. Bemerkenswert ist dagegen ein Depeschenwechsel zwischen der englischen Arbeiterpartei und dem Stockholmer Vertreter der Bolschewiki Boromski. Die englische Arbeiterpartei legt Protest gegen einen Sonderfrieden von Seite Rußlands ein. Sie fragt zugleich an, ob die russische Regierung bereit sei, den Friedensschluß so lange zu vertagen, bis die internationale Sozialistenkonferenz stattgefunden habe. Boromski antwortete, die russische Regierung würde tatsächlich bis zur Entscheidung der internationalen Sozialistenkonferenz warten, falls die Entente-Regierungen zugleich mit der Vabewilligung zu wissen gäben, daß sie von der Sozialistenkonferenz keine Herabsetzung der Friedensarbeit erwarteten, sondern zu einem Friedensschluß gemäß den russischen Vorschlägen bereit seien. Diese Antwort Boromskis zeigt klar, daß die russische Revolution nicht daran denkt, sich zu weiteren Verschleppungen des Friedens mißzubenutzen zu lassen.

Wie es um die Vabewilligung für eine internationale sozialistische Konferenz aussieht, zeigen die neuen Erklärungen, die der französische Ministerpräsident Clemenceau im Beisein Bichons einer Abordnung der Vereinigten Sozialisten, bestehend u. a. aus Albert Thomas, Renaudel und Longuet, erteilt hat. Die Abordnung erwiderte um Weisepässe für Petersburg, wo sie den Abschluß eines Sonderfriedens zu verhindern oder zu bewirken suchen wollten, daß er so unschädlich wie möglich ausfiele. Clemenceau erwiderte ihnen, bei aller Anerkennung ihrer Vaterlandsliebe könne er unter den bestrittenen Verhältnissen in Petersburg keinen Erfolg von ihrem Schritte erwarten, vielmehr würde die Verwilligung von Pässen zu diesem Zwecke ihrer Sendung einen solchen Anstoß geben, der unerwünschte Wirkungen auf die öffentliche Meinung im Lande und an der Front eintreten lasse. Vielmehr würde man sagen, daß Frankreich an Vorbereitungen über den Vorfrieden teilnehme. Dies sei aber mangels ernst zu nehmender Vorschläge der feindlichen Mächte ganz und gar nicht die Absicht. Clemenceau hob schließlich hervor, daß er die Entscheidung, die gewünscht werde, nicht treffen könne, solange er keine Verständigung darüber mit den Verbündeten erzielt habe, und daß er keinen Grund zu der Annahme habe, daß deren Ansichten sich geändert hätten.

Seine Vabewilligung für Vertreter der Arbeiterpartei und sein Anschluß an die Friedensverhandlungen von West-Litowit! Höchstens werden sich die Staatsmänner Englands und Frankreichs dazu herbeilassen, eine gemeinsame Kundgebung zu veröffentlichen, in der sie darlegen, warum sie nicht auf Verhandlungen eingehen können. Die Westmächte werden aber auch alles, was in ihrer Kraft steht, aufbieten, um in Rußland die Verwirrung zu vernehren und die jetzige Regierung unmöglich zu machen. Das auf sorgsamste zu beachten ist: Nicht der deutschen Reichsleitung, Unnachgiebigkeit und übertriebene Forderungen gegen Rußland könnten die Reime des Friedens nur allzu schnell wieder zerfließen. Reichsleitung und Reichstag haben die Aufgabe, für einen baldigen und dauerhaften Frieden im Osten mit allem Nachdruck Sorge zu tragen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:
Nördlich von Probus und beiderseits von Ornes erhöhte Gefechtsintensität. Erkundungsberichte führten an mehreren Stellen der Front zur Gefangennahme einer Anzahl Franzosen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienische Front.

Die Feuerintensität war auf der Hochfläche von Vitozza und im Tumba Gebiet zeitweilig gesteigert.
Der Erste Generalquartiermeister: Eudenberff.

Orlando über West-Litowit.

Lugans, 1. Januar.

In der gestrigen Senatsitzung gab Ministerpräsident Orlando Erklärungen über die Außenpolitik Italiens ab. Nachdem er erklärt hatte, Italien beabsichtige, mit unbedingter Treue an seinen Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten festzuhalten, ging er zur Friedensfrage über. Die Angelegenheit sei von großer Wichtigkeit und bedürfe der gründlichsten Ueberlegung. Die Angelegenheit der Alliierten. Daher könne er sich auch nur vorläufig und unverbindlich äußern; er glaube aber, daß es Zeit wäre, den Verbündeten entgegenzutreten, mit denen die Mittelmächte verhandeln, den Geist der eigenen Völker aufzuheitern und die Stimmung ihrer Gegner niederzubrühen, indem sie sich als die Vorläufer des Friedens ausgaben, dem von der Entente hartnäckig entgegengearbeitet werde. Die Entente will den Frieden, und ich darf sogar sagen, sie ist es allein, die den Frieden will, denn sie will ihn aufrecht und in der einzig möglichen Form, d. h. einen gerechten, ehrenhaften und dauernden Frieden auf der Grundlage einer klaren und ausrichtigen Verständigung. Die Mittelmächte lassen uns jetzt eine Einladung in einer sonderbaren Form zu geben, damit wir an Verhandlungen teilnehmen, welche sie mit einer Regierung pflegen, welche von der Entente nicht anerkannt worden ist und heute auch nicht anerkannt werden kann. Dieses ist nicht die Form der Einladung, die Sie bezug auf Ihren Inhalt erklärt der Minister, daß die Vorschläge für die Entente schon deshalb unannehmbar seien, weil sie eine Rückkehr zum Status quo ante hellum anstrebten und weder den nationalen Ansprüchen Italiens noch auch Frankreichs gerecht werden. Der Senat schloß seine Sitzungen nach einem einstimmigen Vertrauensvotum für die Regierung.

Sozialistische Erklärung in der französischen Kammer.

Paris, 1. Januar (Agence Saba).

Die Kammer erörterte am 31. Dezember die Vorlage über die vorläufigen Haushaltswüste, die vom Senat zurückgewiesen worden ist. Renaudel verlas im Namen der sozialistischen Gruppe eine Erklärung, die lautet: Die Gruppe ist für die Kredit für die Landesverteidigung annehmen, macht aber Vorbehalte hinsichtlich des diplomatischen Vorgehens, das den Notwendigkeiten der gegenwärtigen schwierigen Stunden nicht gerecht wird. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat schon oft die Ziele gewisser Teile dieses Vorgehens auseinandergesetzt, aber das Schweigen aller alliierten Regierungen über die allgemeinen Hauptgrundsätze scheint uns nach und nach einen solchen moralischen Unterlegenheit zu schaffen, der unsere Sache schädigt. Zu der Weigerung Clemenceaus, der sozialistischen Abordnung Pässe für West-Litowit zu erteilen, sagt die Erklärung, daß die Sozialisten der russischen Revolutionäre auffordern sollten, keinen Sonderfrieden zu schließen und nur auf einen allgemeinen Frieden auf der Grundlage des Rechtes der Völker und auf Schaffung der notwendigen Garantien und Sicherheiten einzugehen. Die Gruppe erklärt, daß sie Gewalt darauf lege, ihrer Verantwortung für die Untertanen zu sein, bis zum nächsten Zeitpunkt, in dem sie von der Regierung die unerlässliche Regelung ihrer diplomatischen Kriegsführung verlangen werde. Schon erklärte, er habe seinen jüngsten Erklärungen, die die Zustimmung der großen Mehrheit der Kammer gefunden hätten, nichts hinzuzufügen. Er wolle nicht auf den tieferen Grund der von der sozialistischen Gruppe aufgeworfenen Frage eingehen. Die Regierung handle in vollem Einvernehmen mit den Alliierten.

Die Haltung Amerikas.

8. Haag, 1. Januar

Die Times melden aus Washington: Lansing teilte auf einer Konferenz von Journalisten mit, daß er keinen Kommentar zu den Erklärungen des Grafen Czernin in West-Litowit zu geben wünsche. Offiziell werde den Regierungen wahrscheinlich überhaupt keine Aufmerksamkeit geschenkt werden. America habe zu viel mit der Herstellung von Kriegsmaterial zu tun, um mitteilnehmend Reden und Drohungen der Entente entgegen zu bringen. America werde keine Unterhandlungen anerkennen, bevor nicht die „republikanische Partei“ abtritt. Deutschland Entschuldigungen für die angegriffenen Schiffe und an anderem Garantien anbiete, daß sich solche Dinge nicht wieder ereignen.